

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3-13

Europäische Perspektiven
für das verflixte siebte Jahr der Weltfinanzkrise

Europäischen Krisenkonkurrenz
Frankreich ringt um sein europäisches
Weltmachtprojekt

Edward Snowden enthüllt die Dimension
der Überwachung des Globus durch US-Geheimdienste

Volksaufstand, Wahlen, Putsch ... in Ägypten

Anlässlich der Fabrik-Katastrophen in Bangladesch:
Mit „Fair Trade“ die Welt verbessern!

Kultur – wie geht das?

Die IG Metall und ihr Kampf um Arbeitsplätze
Die Massenproteste in der Türkei und Brasilien bekommen
überwiegend gute Noten vom deutschen Demonstrations-TÜV
Griechenlandrettung: ein Akt von Volksfürsorge
Das Hochwasser: eine Sternstunde der Nation
Hungerstreikende Asylbewerber in München
Der Papst prangert die Indolenz der Welt
gegenüber dem Flüchtlingselend an
Detroit: Kapitalismus ist Schicksal
Enthüllung: Doping für die nationale Ehre der Nation

Erhältlich in der
Bahnhofsbücherei

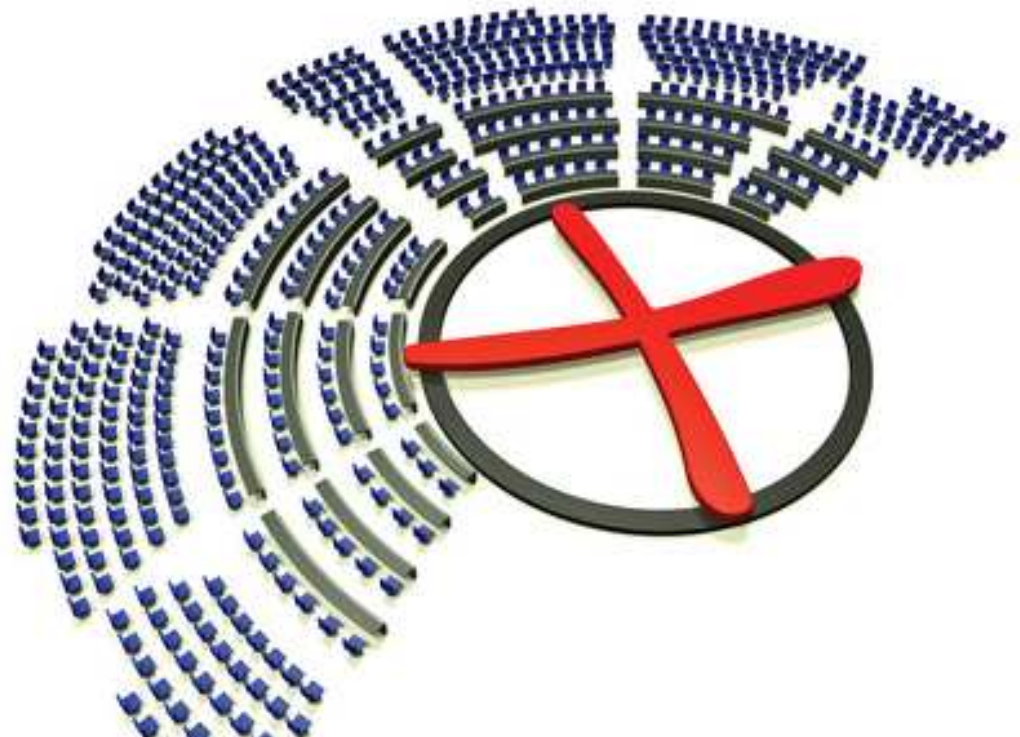
www.pg.blogsport.de

Oktober 2013

com [p] act

Zeitschrift der
Politischen Gruppe Erfurt/Jena -
Hochschulgruppe Politische Bildung Uni Erfurt

2-13



Demokratie

Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft

Inhalt

.....

Buchempfehlung

Peter Decker

Demokratie - Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft.....Seite 3

Hermann Lueer

Kapitalismuskritik und die Frage nach der Alternative.....Seite 22

Vortragsempfehlung

Demokratie -

Die Herrschaftsform des Kapitalismus unter reger Volksbeteiligung.....Seite 5

Wählen ist verkehrt!

Die Wahl - Eine Sternstunde demokratischer Herrschaft. Die nationale Führung lässt wählen. Das Volk bekommt, was es immer bekommt: Eine neue Regierung.....Seite 5

Texte

Falsche Wissenschaft als Rechtfertigung der bestehenden Verhältnisse

- Der "Mensch" ist von "Natur" aus schlecht und gewalttätig und braucht deshalb (staatliche) Herrschaft.....Seite 6

Der kapitalistische Weltmarkt als Herausforderung an die Moral des Konsumenten

„Fair Trade“: Faire Produktion durch fairen Einkauf?.....Seite 11

Auch so kann man den Kapitalismus (nicht) kritisieren:

Profit: gut – zu viel Profit: böse.....Seite 17



Hermann Lueer

Kapitalismuskritik und die Frage nach der Alternative

Wer eine Alternative zum Kapitalismus will, den hat etwas gestört. Ausgangspunkt der Frage nach der Alternative zum Kapitalismus ist eine Kritik am Kapitalismus, das heißt eine richtige oder falsche Erklärung des Kapitalismus. In der Naturwissenschaft wie im praktischen Leben weiß jeder, dass die Erklärung des Gegenstandes die Grundlage für seine Beherrschung ist. Wer nicht weiß, wie ein Motor funktioniert, kann auch keinen Motor reparieren. Sich unterschiedliche Reparaturmöglichkeiten zu präsentieren, ohne sich um den Begriff der Sache zu kümmern, würde im praktischen Leben als ausgesprochene Blödheit wahrgenommen. Was aber im praktischen Leben wie in der Naturwissenschaft gilt, gilt auch für Wirtschaft und Politik. Fehler in der Erklärung der Ursache einer störenden Wirkung setzen sich gewöhnlich in einem falschen Lösungsvorschlag fort. Wer sich Armut als Folge von Marktversagen erklärt, sucht nach Alternativen der Marktregulierung. Wer sich Armut als notwendige Folge des marktwirtschaftlichen Produktionsverhältnisses erklärt, will den Markt abschaffen. Jede Alternative zur kapitalistischen Wirklichkeit ist daher nur so gut wie die ihr zugrundeliegende

Erklärung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, zu denen sie eine Alternative sein soll. Im vorliegenden Buch geht es entsprechend nicht darum, sich unabhängig von den Gründen für die weltweite Verarmung und Verelendung weiter Teile der Bevölkerung eine bessere Welt auszumalen, sondern darum, aus der Erklärung des Kapitalismus die Grundprinzipien einer Ökonomie jenseits vom Kapitalismus abzuleiten. Kritik und Alternative werden so zusammengebracht. Die Frage der Machbarkeit erledigt sich dabei von selbst.

Broschiert: 335 Seiten
Verlag: Mosenstein und Vannerdat
(12. August 2013)
Sprache: Deutsch
ISBN-10: 3869919256
ISBN-13: 978-3869919256
Preis: 10,- Euro

Demokratie -

Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft

Ende August erschien im
Gegenstandpunkt-Verlag:

Peter Decker: Demokratie -
Die perfekte Form bürgerlicher
Herrschaft

Demokratie gilt, mittlerweile weltweit, als Wert, der sich – wie es sich für einen Wert gehört – von selbst versteht. Für und gegen staatliche Einrichtungen und Verfahrensweisen lässt sich, wie gut oder schlecht auch immer, argumentieren; beim Wert ‚Demokratie‘ ist das unzulässig: Der wird nicht geprüft, an ihm werden Staatsverfassungen und Regierungsaktivitäten gemessen. Die Idee ist dabei die, eine Herrschaft, die sich von ihrem Volk periodisch beauftragen lässt, wäre keine Herrschaft; eine Gewalt, die sich von denen, die ihr gehorchen müssen, legitimieren lässt, wäre keine; Lebensverhältnisse, deren politische Macher und Aufseher in Wahlkämpfen durch Publikumsentscheid ermittelt werden, wären verwirklichte Freiheit. – Das ist das Eine.

Dass das entscheidungsbefugte Publikum in seinem Alltag von seiner Wahlfreiheit viel hält; dass es darauf

so große Stücke hält, wie die demokratische Wertlehre es unterstellt; erst recht: dass es von der Konkurrenz der Wahlkämpfer um seine Stimme besonders angetan wäre: Das lässt sich allerdings nicht behaupten. Unter wahlberechtigten Bürgern ist es Sitte, die Bedeutung der eigenen Wahlstimme „illusionslos“ zu sehen, also gering zu schätzen, den Wahlkampf als „Zirkus“ zu verachten, von den Politikern eine überwiegend schlechte Meinung zu haben – und trotzdem zur Wahl zu



gehen, wenn sie angesetzt ist. – Das ist das Andere.

Also wieder mal ein Fall von ‚schöner Idee‘ und ‚unzureichender Verwirklichung‘? Beide Sichtweisen, die Hochachtung vor dem Ideal wie das mehr oder weniger verächtliche Abwinken bezüglich der Praxis, gehen daran vorbei, was Demokratie tatsächlich ist und was das Institut freier Wahlen tatsächlich leistet. Immerhin hat man es mit einem System politischer Herrschaft zu tun, das sich auf seine Perfektion und Funktionstüchtigkeit viel zugute hält.

Notwendige Überlegungen zur Sache enthält die von Peter Decker herausgegebene Sammlung von Artikeln aus verschiedenen Jahrgängen der Zeitschrift Gegenstandpunkt. Das Material, das diese Aufsätze verwenden, ist teilweise nicht mehr aktuell; die daraus gezogenen Schlüsse sind es leider nach wie vor. Die je aktuellen Entsprechungen wird der Leser selbst finden, solange die Staatsgewalt, der er gehorcht, demokratisch funktioniert.

Aus dem Inhalt:

- Die demokratische Wahl / Der demokratische Wahlkampf / Politik und Persönlichkeit in der Demokratie
- Der Beitrag der Charaktermaske zur Freiheit der Staatsmacht / Die Leistung der demokratischen Wahlen – vorgeführt von Barack Obama
- Die Freiheit auf dem Vormarsch, Revolutionen per Stimmzettel – Amerika spendet den Völkern der Welt Freie Wahlen.

ISBN: 978-3-929211-13-9, 270 S., 14,80 €.

GegenStandpunkt VerlagsGmbH, Kirchenstr. 88, 81675 München

Tel: 089/2721604, Fax: 089/2721605

E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de, Internet:

www.gegenstandpunkt.com.



laufen auf eine einzige Vertrauensklärung an diejenigen hinaus, die die ganze Profitproduktion als Fundament des Reichtums ihrer Herrschaft eingerichtet haben: Ändert euch bitte, denn nur so kann die Welt zum Besseren geändert werden! So sind diejenigen, die auf der Anklagebank sitzen, zugleich diejenigen, die den Grund für die Klage aus der Welt schaffen sollen. Und die Kapitalismuskritiker von Attac und anderen Bewegungen geben mit ihren

Beschwerden das Begleitorchester zur ewig gleichen Abfolge von wachsendem kapitalistischem Reichtum auf der einen Seite und wachsendem Elend auf der anderen. Sie kennen die Schuldigen, an die sie weiterhin – kritisch und empört – appellieren.

Über die Politische Gruppe Erfurt/Jena

Genau wie die meisten unserer Mitmenschen erleben wir, dass unsere Interessen regelmäßig nicht zum Zuge kommen. Wir meinen, das ist weder ein guter Grund um zu jammern noch dafür, sich einfach damit abzufinden, dass „die Dinge nun mal so sind, wie sie sind“. Wir nehmen die Unzufriedenheit zum Anlass, einmal zu klären, warum z.B. der wirtschaftliche Erfolg einer kapitalistischen Nation stets so unverträglich ist mit dem Anspruch der Bevölkerung auf eine intakte Gesundheit und eine unverseuchte Umwelt, wofür in heißen und kalten Kriegen die Leben und die Existenzbedingungen von Millionen Menschen zum Opfer gebracht werden oder warum der Kampf gegen Hunger und Armut zwar seit langer Zeit geführt, aber bisher nicht gewonnen wurde.

Allzu häufig stößt unser Nachdenken dabei auf die kapitalistische Gesellschaft als Ursache dieser „Unannehmlichkeiten“ und insofern wir für diese Form des Zusammenlebens absolut keinen guten Grund wissen, werden wir ihr gegenüber äußerst kritisch.

Dem Vorwurf, wir würden nur diskutieren anstatt etwas zu tun, können wir nur entgegenhalten, dass es beim Aktivwerden eben schwer darauf ankommt, wie man sich die Sache, anlässlich der man einen Handlungsbedarf entdeckt, erklärt. Genau deshalb sind wir bemüht, herauszufinden und festzuhalten was es mit Krieg und Frieden, Armut und Reichtum – kurz: Geschäft und Gewalt – auf sich hat.

Wer dafür zu haben ist, ist auf unseren Diskussionsveranstaltung genau richtig.

In ihrer Konkurrenz *zwingen* sie sich also diese maßlose Kapitalvermehrung wechselseitig auf. Wer ins Hintertreffen gerät, riskiert, ganz auszusehen. Das ist der *Sachzwang und keine charakterliche Entgleisung*, der sich aus der Konkurrenz ergibt und den sie vorschreibt.

Dass und wie sich daraus die beklagten „Auswüchse“ ergeben, kann jetzt nicht im Einzelnen nachgewiesen werden. Aber eines ist klar: Wer aus einem Kapitalvorschuss einen Kapitalüberschuss herauswirtschaften will, für den besteht die ganze Welt aus einer Ansammlung von Geldgrößen, die er miteinander vergleicht, eben unter der Maxime: Hinten muss mehr rauskommen, als vorne hineingesteckt wurde. Da werden die Arbeit und die Naturbedingungen, die in den Kapitalvorschuss eingehen, ausschließlich als zu minimierende Kostengrößen betrachtet, aus denen maximale Leistung herauszuschlagen ist. So werden sie eingespannt für den möglichst großen Kapitalüberschuss, um den es allein geht. Da ist die Behauptung wohl nicht abwegig, dass die Arbeiter und die Natur deswegen notorisch auf der Verliererseite stehen, angefangen von der weltweit alltäglichen Existenzunsicherheit und Existenzvernichtung bis hin zu den weltweit alltäglichen kleinen und den ganz großen sog. „Umweltkatastrophen“.

Die modernen Kritiker befassen sich mit der ökonomischen Natur

dieses Sachzwangs nicht. Stattdessen verlegen sie sich ganz auf die menschliche Seite: „Übertreibung“, „Entfesselung“, „Gier“ usw. sind ja nur Ausdrücke für ein menschliches Fehlverhalten, sei es aufgrund von charakterlichen Mängeln, sei es aufgrund von Unwissenheit und Verblendung. Dieses Fehlverhalten soll es sein, das zu all diesen „Auswüchsen“ führt. An der Wirtschaftsweise selbst muss also nichts geändert werden, dafür umso mehr am Umgang der Menschen mit ihr. Natürlich ist das auch ein Aufruf an „uns alle“: Jeder kann „bei sich selbst anfangen“, kann seinen „ökologischen Fußabdruck verkleinern“, „solidarische Verhaltensweisen einüben“, „gegen Diskriminierung und Rassismus aufstehen“ usw. usw. Dass sie aber nur die „kleine Leute“ sind, wissen diese Kritiker schon auch, und es ist für sie klar: Wirklich etwas ändern kann sich nur, wenn sich die Mächtigen ändern – die müssen umdenken. Das ist die Stoßrichtung der Demonstrationen und Aktionen, die den Mächtigen ein zorniges „Das könnt ihr doch nicht mit uns machen!“ entgegenschleudern – um dann enttäuscht und empört zu sein, wenn sie es eben doch machen. Oder, wie es insbesondere Attac macht, mit lauter konstruktiven Vorschlägen aufzuwarten, wie man „es“ doch besser machen könne. Das ist nach dem schlechten Witz über den kollektiven Wahn der maßgeblichen Instanzen dieser Welt der zweite schlechte Witz: Die Anklagen an die Mächtigen dieser Welt

Vortragsempfehlung

Prof. Dr. Magret Wirth:

Demokratie:

Die Herrschaftsform des Kapitalismus unter reger Volksbeteiligung

Die Demokratie erfreut sich allgemeiner Wertschätzung. „Demokratisch“ zu sein, ist das höchste Lob, das hiesigen politischen Verhältnissen erteilt werden kann. „Undemokratisch“ ist ein unbefragtes Schimpfwort; so will sich keiner nennen lassen. Als gute Demokratie unterscheidet sich der heutige deutsche Staat von seinem verbrecherischen Vorgänger und von den Verhältnissen in der ehemaligen DDR. Demokratie ist die Form der Herrschaft, die anderen Völkern gelegentlich fehlt, die ihnen unbedingt gebracht werden muß. Wer an den politischen Verhältnissen Kritik übt, die in der Demokratie herrschen, der gerät schnell in den Verdacht, einer Gewaltherrschaft das Wort reden zu wollen.

Diese Wertschätzung hat gewisse Eigentümlichkeiten an sich, welche auf dem Vortrag diskutiert werden.

Prof. Dr. Magret Wirth:

Wählen ist verkehrt!

Die Wahl - Eine Sternstunde demokratischer Herrschaft.

Die nationale Führung lässt wählen.

Das Volk bekommt, was es immer bekommt: Eine neue Regierung

Teil 1. Einleitung

Teil 2. Wahlkampf: Der Bürger wird mit seiner Abhängigkeit von der Politik zum Wählen agitiert

Teil 3. Trennung von guter Absicht und Tat: Politik aus der rechten Gesinnung heraus

Teil 4. Wahlkampf: „langweilig!“

Teil 5. Wähler sind abhängige Größe des von oben inszenierten Wahlkampfzinnobers

Teil 6. Die Leistung der Wahl

Teil 7. Diskussion

<http://doku.argudiss.de>

Falsche Wissenschaft als Rechtfertigung der bestehenden Verhältnisse

„Der Mensch“ ist von „Natur“ aus schlecht und
gewalttätig und braucht deshalb (staatliche) Herrschaft

1. Damit das überhaupt einleuchten kann, muss man sich in dieser Ge- sellschaft zuerst einmal die staatli- che Gewalt wegdenken ...

Mit Theorien über den Staat bekommen es junge Menschen zuerst in der Schule zu tun. Im Sozialkunde-, Philosophie- und Ethikunterricht werden Jugendliche erstmals gezielt „wissenschaftlich“ über seine Notwendigkeit informiert. Dafür wird gerne auf den „Klassiker“ THOMAS HOBBS zurückgegriffen. Was zeitlos gut an ihm sein soll, ist sein theoretisches Anliegen, die „Ansprüche des Einzelmenschen“ und die des Staates „in Einklang“ zu bringen. In einem aufs Abitur vorbereitenden Ethik-Buch wird der Philosoph mit der „Deduktion“ des Staates aus einer Gleichsetzung eines mit Wille und Bewusstsein ausgestatteten Menschen und einem Triebwesen eingeführt. Der Mensch als Wolf!

Die neuzeitlichen Philosophen, die komplexe Staatsgemeinschaften untersuchen, gehen auf den Menschen als Einzelwesen zurück und fragen danach, was ihn veranlasst, sein Zusammenleben mit anderen Menschen

staatlich zu regeln. Dazu dient folgendes Gedankenexperiment: Wenn man von allem, was der Mensch dem staatlichen Zusammenleben verdankt, absieht(!), entdeckt man seinen Naturzustand, in dem sich der Mensch frei von allen staatlichen Zwängen und Beschränkungen verhält und sein eigentliches Wesen zeigt. So werden Verhaltensweisen des(!) Menschen „bestimmt“ und die vernünftigen Gründe gesucht, warum und wie er mit seinen Mitmenschen zusammenleben kann und muss.

Es fällt auf, dass diese Art, Staatswesen zu „untersuchen“, von vornherein das Thema wechselt. Nicht die realen Staaten sind der Gegenstand, sondern diese staatsphilosophische Herangehensweise konstruiert(!) sich einen eigenen, fiktiven. Über den Staat wird so philosophiert, dass man von all dem „absieht“, was man in der Wirklichkeit vorfindet. Man will also den Staat erklären, indem man ihn erst einmal gezielt wegdenkt, um über den in einen angeblichen „Naturzustand“ versetzten Menschen als „Einzelwesen“ spekulieren(!) zu können.

Unter dieser so genannten „Natur“ des

das Unheil anrichten: Die Konzernchefs wollen immer nur fusionieren und ihren Börsenwert steigern, sie müssten aber aufhören, dem Fetisch „Größe“ nachzujagen; die Finanzkapitalisten produzieren in ihrer „Gier“ „Schneeballsysteme“ und „Geldblasen“, sie müssten aber aufhören, auf den Fetisch „Geld“ zu stieren und sich stattdessen wieder in den Dienst des ehrlichen Profits stellen; die wichtigen Staaten unterstützen in ihrem Irrglauben an das „neo-liberale Modell“ diese verhängnisvollen Entwicklungen, wenn sie sie nicht sogar ausgelöst haben. Sie müssten aber von ihrem Fetisch „Alle Freiheit fürs Kapital“ abrücken.

Das ist ein schlechter Witz: Da werden alle maßgeblichen Instanzen – das industrielle und das Handelskapital, das Finanzgewerbe und die Staaten – beschuldigt, einem kollektiven Wahn verfallen zu sein. Wenn der so allumfassend ist, wäre zu prüfen, ob es vielleicht gar kein Wahn ist, sondern die kapitalistische Realität. Die kennt nämlich keinen guten Profit im Unterschied zu einem „übertriebenen“, „zügellosen“, „entarteten“. Die Macher dieser Realität, die Kapitalisten, *von den Staaten ins Recht gesetzt* und als die maßgeblichen Wirtschaftssubjekte in jeder Hinsicht unterstützt, interessiert am Profit nur eines: Er muss *mehr* werden. Wenn sie ihre Produktion ständig ausweiten und dafür den Profit, aber auch Kredit, verwenden, dann nicht, um mit mehr Gütern die Menschheit zu beglücken, sondern um

damit mehr Profit einzufahren. Und für dieses Mehr gibt es kein Maß, also auch keine „Übertreibung“ oder „Zügellosigkeit“. Um es einmal abstrakt auszudrücken:

Wenn ein vorgeschossenes Kapital vermehrt zurückfließen soll, dann werden zwei Geldsummen verglichen, die zweite muss höher sein als die erste. Um wie viel sie höher sein muss – dafür gibt es kein Maß, es ist maßlos, in beiden Bedeutungen des Wortes. Die Geldvermehrung hat ihr Maß nur an sich selber und sie ist umso gelungener, je größer die zweite Geldsumme im Verhältnis zur ersten ist, und deswegen muss der, der den Beruf des Profitmachens ergriffen hat, maßlos sein. Wenn man das „Gier“ nennen will, gilt es aber zu verstehen, dass das nun mal die „Gier“ ist, die sich für einen Kapitalisten gehört, der seinen Beruf korrekt ausübt. Diese *Maßlosigkeit*, mit all ihren angeprangerten negativen Folgen für Mensch und Natur ist der Dreh- und Angelpunkt der kapitalistischen Praxis:

Dort herrscht *Konkurrenz*, in der sich jeder zu behaupten und durchzusetzen hat. Dort gibt es kein Profitbegrenzungsabkommen – und auch der Staat schreibt keine Profitobergrenze vor –, vielmehr muss jeder Kapitalist danach trachten, dass seine Kapitalvermehrung höher ist als die seiner Konkurrenten. Da je mehr Geld im Verhältnis zu seinem vorgeschossenem Kapital zurückfließt, desto besser ist wiederum die Voraussetzung auch zukünftig in der Konkurrenz zu bestehen.

Wirtschaft“ genannt –, tun das mit der Absicht und in der Erwartung, dass ihnen ihr Kapital vermehrt, mit einem Profit eben, zurückfließt. Sehen sie keinen Profit winken, schießen sie auch kein Kapital vor. Dieses Grundprinzip kapitalistischen Wirtschaftens stellen die Kritiker, die sich in dem breiten Spektrum von Attac bis Occupy tummeln, nicht in Frage. Ganz im Einklang mit den Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre halten auch sie den Profit für ein unentbehrliches Instrument des Wirtschaftens. Selbstverständlich müsse es Unternehmer geben, die eine Produktion, ein Dienstleistungsgewerbe oder auch eine Bank aufbauen, und da sie das tun, steht ihnen auch zu, persönlich davon zu profitieren. Damit stellen diese Unternehmer, was eben nicht jeder kann, die Dinge her, die „wir alle“ brauchen, und damit das weitergehen kann und auch immer mehr produziert werden kann, ist es richtig und sinnvoll, dass das eingesetzte Kapital mit einem Profit darauf zurückkommt. So werde für die Güterproduktion gesorgt und auch für die Ausweitung der Güterproduktion, da Profit ja auch die Investitionen bezahlt werden. Eigentlich, so sagen diese Kritiker, hat der Profit eine volkswirtschaftliche Funktion: nämlich der Menschheit ein immer besseres Leben zu ermöglichen. Deshalb heißt die Parole der amerikanischen Occupy-Bewegung: „People over profit“. Damit ist gesagt, dass das Volk Dienste des Profits für sich erwartet und eben nicht: „People

against profit“.

Nun beklagen diese Kritiker aber selbst alltägliche Vorkommnisse im Kapitalismus, die doch sehr das Gegenteil von einem immer besseren Leben sind. Das hat Zweifel am Profit hervorgerufen: Erfüllt er denn tatsächlich die nützliche Funktion, die man ihm zuschreibt? Der Zweifel geht freilich nicht so weit, den Profit selbst abschaffen zu wollen, stattdessen besteht die heutzutage sehr verbreitete Kritik darin, dem Profit eine Entartung vorzuwerfen, was sie beklagen, nennen sie „Auswüchse“ und haben sich damit ohne jede nähere Untersuchung dazu entschieden, das Beklagte für eine Abweichung vom eigentlich guten Prinzip zu halten. Die Profitmacher würden nicht an ihre volkswirtschaftliche Aufgabe, sondern nur an sich denken, würden daraufhin durch „Übertreibung“, „Entfesselung“, „Gier“ die eigentlich gute Sache verzerren, verschandeln, missbrauchen, sie entgegen ihrer eigentlichen Zweckbestimmung pervertieren – so dass der Kapitalismus gar nicht mehr er selbst ist, sondern zu einem „Turbo-Kapitalismus“ geraten ist. Und daraus, so diese Kritiker, würden dann all die skandalösen „Auswüchse“ entstehen. Ihre Aufgabe sehen diese Kritiker folgerichtig darin, den Profit sozusagen auf seine nützliche Funktion zurückstutzen, und zwar indem sie diese „entfesselten“ Profitmacher anklagen und zügeln: Es sind die Mächtigen dieser Welt, die

Menschen darf man sich dann wieder nichts Objektives, etwa Biologisches vorstellen, sondern der Philosoph HOBBS richtet sich sein Bild vom Menschen genau so her, dass er an ihm eine Art Urproblem ausmachen kann: „Sooft daher zwei (solche Naturgesellen) ein und dasselbe wünschen, dessen sie aber nicht zugleich teilhaftig werden können, so wird einer des anderen Feind, und um das gesetzte Ziel, welches mit der Selbsterhaltung immer verbunden ist, zu erreichen, werden beide danach trachten, sich den anderen entweder unterwürfig zu machen oder ihn zu töten.“

Die Denkart ist so schlicht wie absichtsvoll: So richtig weg ist der Staat gar nicht in dieser Phantasie. Er wird nur kurz vor die Tür geschickt, um ihn dann mit Nachdruck hereinzubitten. Will man die „allgemeine Macht“ – als Retter in der Not darstellen, hängt man der Menschennatur erst mal ein passgenaues Dilemma an den Hals. Also denkt sich der Philosoph den homo sapiens und seine Welt eher kindisch – wo „zwei ein und dasselbe wünschen“ – das ohne Kindergärtnerin, und schon lässt er die Kreaturen übereinander herfallen.

HOBBS selbst hält sein Bild freilich für gar nicht kindisch, sondern dramatisiert es zum Überlebenskampf auf Leben und Tod, wofür er das viel zitierte Wort vom „Krieg aller gegen alle“ erfunden hat. Er sieht das gewalttätige Wesen, das er dem Menschen auf den

Leib schneidert, durch das Ziel der „Selbsterhaltung“ gerechtfertigt, das man, so meint er, doch keinem dieser Killer absprechen darf. Wie gesagt: mit Staat und Gesellschaft, wie HOBBS sie vorfindet und auf diesem „Umweg“ zu erklären antritt, hat seine Anleihe aus dem Tierreich – der zufolge der eine Mensch zum „Wolf“ des anderen wird, um überleben zu können – nichts zu tun, wohl nicht einmal mit dem Tierreich selbst.

Der Mensch in seinem Naturzustand sei also dem Dilemma unterworfen aufgrund von einer prinzipiellen Knappheit mit seinesgleichen in Konkurrenz zu stehen. Dabei wäre zum Beispiel der Schluß eine entsprechende Arbeitsteilung zu entwickeln, um das Problem der Knappheit zu beseitigen auch möglich. Man merkt, dass es eine fiktive Konstruktion ist, den Menschen sich so ohne den Staat vorzustellen. Korrekterweise müsste man auf die Frage, wie wäre der Mensch ohne Staat die Antwort geben, das hängt ganz davon ab, welche Zwecke er sich setzt und sich dementsprechend vergesellschaftet.

Als umso tiefere Einsicht über Mensch und Staat kann das vielmehr nur der geneigte Leser würdigen, der die „Beweis“-Absicht teilt, also wohlwollend den Ruf nach dem Staat vernimmt.

Bezeichnend ist jedenfalls, dass HOBBS selbst es für einen Beleg der von ihm entworfenen Raubtier-Natur hält, dass es auch die Bibel

schon bezeuge: „Aber, möchte jemand sagen, es hat niemals einen Krieg aller gegen alle gegeben! Wie, hat nicht Kain seinen Bruder aus Neid ermordet? Würde er das wohl gewagt haben, wenn schon damals eine allgemein anerkannte Macht, die eine solche Greuelthat hätte rächen können, da gewesen wäre?“

2. ... um dann heilfroh zu sein, dass es sie gibt, die Gewalt des Staates

Man muss da nicht kleinlich werden und etwa nachfragen, wie das Weiße Abel in das Wolfs-Profil passt, ob er gar nur ein verhinderter Killer ist, weil Kain schneller war oder so. Aber ein Rätsel und Widerspruch grundsätzlicher Art bleibt es schon, wie es nun ausgerechnet die aggressive und herrschsüchtige Bestie Mensch zugleich hinkriegen soll, sich – ganz gegen seine „eigentliche Natur“ – zu unterwerfen.

HOBBS lässt den selbst fabrizierten Widerspruch locker links liegen. Sein homo lupus findet den eigenen Drang – immer Mord und Totschlag – irgendwie ungemütlich, gründet einen Staat und unterwirft sich dieser allgemeinen Macht, damit die ihn daran hindert, so zu sein, wie er „eigentlich“ wäre: "Die Absicht und Ursache, warum die Menschen bei all ihrem natürlichen Hang zur Freiheit und Herrschaft sich dennoch entschließen konnten, sich gewissen Anordnungen, welche die bürgerliche Gesellschaft trifft, zu

unterwerfen, lag in dem Verlangen, sich selbst zu erhalten und ein bequemerer Leben zu führen; oder mit andere Worten, aus dem elenden Zustande eines Krieges aller gegen alle gerettet zu werden.“

Stand eben noch der Zweck der „Selbsterhaltung“ für den totalen Krieg, erzwingt er nun das Gegenteil, die Befriedung. Die schizophrene Kreatur, die beides veranstaltet, ist die willkürliche Ausformung der Abstraktion „Mensch“, die der Philosoph durch seine Menschheitsgeschichte geistern lässt. Stets sind „der Mensch“ oder „die Menschen“ am Werk. Diese Abstraktion will nämlich nicht mal unterscheiden zwischen Leuten, die die Macht an sich bringen, und denen, die genau dieser in welcher Form auch immer eingerichteten Gewalt dann unterworfen sind. Stattdessen wird – wie auch im eingangs zitierten Ethik-Lehrbuch – das Bild von dem Menschen bemüht, der sich mit seinesgleichen an einen Tisch setzt, um über „Wie machen wir mal einen Staat?“ zu befinden.

Reale Staaten, seien sie nun feudal, früh- oder spätbürgerlich oder sonst was, sind nämlich grundsätzlich eine Macht, die die menschlichen Subjekte in ihrem Herrschaftsbereich in einen Zwangsverband eingliedert. Es reicht oftmals schon, dass ihr Geburtsort auf seinem Terrain liegt, damit ein Staat das Kommando über sie hat und benutzt. Die höfliche Anfrage „Möchtet

Der Konsument hat als Mittler zwischen sich und den Elendsfiguren, die unter erbärmlichen Bedingungen Güter für den hiesigen Markt produzieren immer das Geschäftsinteresse kapitalistischer Firmen. Die entscheiden, ob, welche und für wen überhaupt Wirkungen in der Produktion eintreten, wenn das Produkt kontrolliert, mit

Preisauflage und Zertifikat verkauft wird. Deshalb fallen die Wirkungen verantwortlichen Einkaufens auch immer bescheiden aus.

Die einzige Wirkung die ganz in der Macht des Konsumenten liegt, ist die auf sein Selbstbewusstsein. Wenn er will, kann er sich gut fühlen, weil er „fairen“ Kaffee kauft.

Auch so kann man den Kapitalismus (nicht) kritisieren: Profit: gut – zu viel Profit: böse

Seit es den Kapitalismus gibt, gibt es viel Unzufriedenheit mit ihm. Heutzutage zum Beispiel bei Attac, bei den Befürwortern eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“, bei den „Empörten“ in verschiedenen europäischen Staaten oder „Occupy“-Bewegung. Diese Bewegungen kritisieren den Kapitalismus wegen seiner „Auswüchse“, die doch wohl zum Himmel schreien. Es ist ja auch nicht zu übersehen, dass einem ständig wachsenden Reichtum bei den einen eine ebenso ständig wachsende Armut bei den anderen gegenübersteht. Nicht zu übersehen ist auch die notorische Existenzunsicherheit, die für viele Leute bedeutet, dass schon ein unglücklicher Umstand – Entlassung, Krankheit, eine psychische Ausfallerscheinung, ein familiäres Drama, falsch eingekauft, falschen Rat gehört – zu einer privaten Katastrophe wird. Und auch

die gesamtgesellschaftlichen Folgeerscheinungen des Kapitalismus werden angeprangert. Weltweit breiten sich Hunger und sonstiges Elend immer mehr aus; es gibt eine fortschreitende Zerstörung der natürlichen Umgebung und nicht zuletzt: jede Menge Kriege der kleineren und der größeren Art.

Dem Kapitalismus selbst macht das allerdings nichts aus. Er wächst und wächst, all diese Katastrophen haben ihm auf Dauer nicht geschadet, vielmehr hat er sich – wie es bewundernd heißt – als die „überlegene Wirtschaftsweise“ durchgesetzt und mittlerweile den ganzen Globus besetzt.

Im Zentrum dieser Wirtschaftsweise steht der Profit. In ihr beruht alles Wirtschaften darauf, dass Kapital vorgeschossen wird; und diejenigen, die das tun – die Kapitalisten, auch „die

„existenzsichernden Löhnen“, nicht-tödlichen Arbeitsbedingungen etc. vereinbar ist. Umgekehrt müssen die humanen Ansprüche sich auf das beschränken, was mit ihrem Gegensatz, der Erzielung von Gewinn, vereinbar ist. Maß genommen wird deshalb nicht an den in den Metropolen üblichen Standards von Lebensunterhalt, Gesundheit etc. und erst recht nicht an einem einigermaßen sorgenfreien oder gar angenehmen Leben, sondern an einem existenziellen Minimum, das dem Geschäft auch in Billiglohnländern zumutbar sein sollte.

Weil der Konsument mit seiner Macht nur wählen kann, welchem Geschäftsmann er seine Waren abkauft, ist sein Richteramt nur dann möglich, wenn die Geschäftswelt überhaupt Unterschiede in der Behandlung ihrer südlichen Arbeitskräfte macht und das bekannt gibt. Nur wenn es Kapitalisten gibt, die soziale Verantwortung zum Verkaufs- und Konkurrenzargument für ihre Waren machen, können Konsumenten, die ihren alltäglichen Bedarf ja decken müssen, die „Bösen“ bestrafen und fürs „Gute“ in der Welt dadurch sorgen, dass sich eine minimale Rücksicht des Kapitals auf seine Leute für es lohnt. Auf die Erfüllung sozialer Bedingungen kann man nur hoffen, wenn sich die Firma davon einen Zuwachs an Umsatz und Gewinn verspricht. Daher sind die Unterschiede zwischen den rücksichtslosen Ausbeutern und den verantwortlichen Firmen nicht allzu groß. So genannte

sozial verantwortliche Produktions- und Entlohnungsbedingungen müssen in aller Regel mit etwas höheren Preisen honoriert werden, was eine bestimmte Käuferschicht durchaus tut. Zu große Preisaufläufe mindern aber die Konkurrenzfähigkeit der Ware und „helfen“ dann ja auch niemandem!

Bei aller Konsumentenverantwortung bleibt die Rechnungsweise der Produktion, die den Lebensunterhalt der Arbeiter als eine Kost bilanziert, die sich durch ausgiebige Nutzung der Arbeitskraft als gewinnträchtig erweisen muss, unangetastet. Deshalb ist es zwangsläufig so, dass die Hoffnung auf einen rücksichtsvolleren Umgang mit den Beschäftigten immer wieder enttäuscht wird. Die Verfechter fairen Konsumierens werden dadurch aber nicht irre an ihrer Überzeugung von einer eigentlichen Vereinbarkeit von Geschäft und Social Responsibility. Sie setzen sich für ein unabhängiges Kontroll- und Zertifizierungswesen ein, das die Einhaltung bestimmter Standards durch Labels und Prüfsiegel sichtbar machen soll. Dafür sorgen Unternehmen manchmal sogar selbst, wenn sie sich etwas von der damit verbundenen Werbung versprechen. Und der Verbraucher darf dann nicht nur dem Streit darüber beiwohnen, wie viel welches Label taugt, sondern sich auch der spannenden Frage widmen, wer wo was trotz des Labels vertuscht hat.

ihr von mir beherrscht werden?“ kommt bei echten Staaten nicht vor.

*(Den staatlichen Untertanen wird in Demokratien von ihrer Herrschaft aber das Recht zugestanden, als Kollektiv zu wählen, dass sie beherrscht. Dazu empfehlen wir die beworbenen Vorträge auf Seite 5 zu hören.)

Diese bestehen nach innen schlicht auf ihrem Gewaltmonopol, das auch nötig ist, um den Alltag ihrer Bürger rechtlich und ökonomisch so zu organisieren, dass – wie im Fall der modernen kapitalistischen Gesellschaft – der Reichtum sich in Händen weniger Privateigentümer anhäuft und die große Mehrheit, die ihn erarbeitet, davon dauerhaft ausgeschlossen ist. Nach außen bestehen Staaten auf ihrem Recht auf Durchsetzung gegen andere – so weit ihre Gewaltmittel reichen. Da hat der „Schutz“ des Untertanen, den HOBBS als Motiv seiner Staatsgründungs-Idylle anführt, immer seinen Preis. Der kann das Leben sein, auf jeden Fall – im Krieg wie im Frieden – ist es der Gehorsam.

*Wer sich ausführlicher mit den Zwecken des Staates auseinandersetzen möchte, ist gern zu unseren Veranstaltungen eingeladen oder kann auch direkt Kontakt mit uns aufnehmen.

Witzigerweise fallen HOBBS selbst immer wieder „Belege“ aus der staatlichen Realität ein, mit denen er – konsequent haltlos in seiner Denkart – den Realismus seiner Fiktion vom staatsfreien Naturzustand plausibel machen möchte.

„Gab es auch gleich niemals eine

Zeit, in der ein jeder eines jeden Feind war (nicht mal bei Kain und Abel war das der Fall!), so leben doch die Könige und die, welche die höchste Gewalt haben, miteinander in ständiger Feindschaft. Sie haben sich wechselseitig in stetem Verdacht; wie Fechter stehen sie gegeneinander, beobachten sich genau und halten ihre Waffen in Bereitschaft, ihre Festungen und Kriegsheere an den Grenzen und ihre geheimen Kundschafter im Feindeslande. Ist das nicht wirklicher Krieg“?

Allerdings. Dem Herrn Philosophen ist also nicht entgangen, wie gewaltträchtig es unter Staaten zugeht. Groteskerweise führt ihn seine Erinnerung an die Wirklichkeit aber nicht zu dem nahe liegenden Schluss, dass also an den Staatsgewalten der Grund für deren Kriegsbedarf zu suchen sein muss, sondern er meint einen weiteren Beweis anzuführen, dass genau umgekehrt, ohne Staat, totaler Krieg herrscht.

Den im Prinzip gleichen Fehler leistet HOBBS sich, wenn er Beispiele aus dem Innenleben wirklicher Staaten anführt. Sein Trick besteht dabei darin, sich aus der schon staatlich eingerichteten und kontrollierten Welt den Staat hinauszudenken, um dann prompt die gesetzliche und polizeiliche Kontrolle zu vermissen, die zu dieser nicht ohne Grund gewalthaltigen Staatenwelt tatsächlich dazugehört. Für die gruselige Vorstellung, was ohne Staat

alles Schlimmes passieren würde, braucht HOBBS sich dann nur an die bekannte Welt zu halten:

„Man denke nur, warum bemühen wir uns um Begleiter? Warum versehen wir uns mit Waffen, wenn wir eine Reise antreten? Warum verschließen wir Türen und Schränke, sobald wir uns schlafen legen? Wozu sind Gesetze und Männer, die jede Gewaltbarkeit zu rächen befugt sind? Was hegen wir also für Gedanken von unseren Mitbürgern, Nachbarn und Hausgenossen? Klagst du (= der Leser und Zeitgenosse) durch solche Vorsichtsmaßnahmen das Menschengeschlecht nicht ebenso an wie ich?“

Um darzulegen, wie „der Mensch“ außerhalb staatlicher Kontrolle wäre, wird das hergenommen, was in staatlich regierten Gesellschaften dauernd passiert. Um also zu beweisen, dass ohne Staat alle Menschen zu Räubern und Mördern würden, beruft sich der Philosoph auf genau den Raub und Mord, den es mit und in Staaten gibt.

Dabei ist es kein Geheimnis, warum Leute ihre Türen und Schränke verschließen: Sie fürchten um ihr Eigentum, wissen, dass es andere gibt, die von Eigentum ausgeschlossen sind und vor illegaler Aneignung nicht zurückschrecken.

*siehe dazu die Themenausgabe compact 1-12 "Armut im Reichtum"

Statt sich aber den bürgerlichen Staat und die kraft seiner Gewalt ins Recht

gesetzte Eigentumsordnung vorzunehmen und objektiv zu erklären, landet der Philosoph nur erneut bei seinem finsternen Menschenbild. Das braucht er auch, um dem von ihm erstens als Bestie beschimpften Menschen zweitens zum Staat zu gratulieren – und zu seinem Dasein als gezähmter Untertan, das ihm nur angemessen sei.

So etwas kommt heraus, wenn man über den Staat philosophiert, dabei keinen Gedanken auf die Zwecke der staatlichen Herrschaft selbst verliert, sondern sich die Herrschaft aus der Perspektive des Untertanen zurechtlegen will. Prompt gerät dieser als „Mensch“ zum ideellen Auftraggeber der Herrschaft über ihn und die Herrschaft zu einer einzigen Dienstleistung an seiner Natur.



nicht in Auftrag gegeben und die Preise kleben schon dran, wenn sie als Käufer den Markt betreten.

Der potentielle Konsument wählt aus dem ihm vorgelegten Angebot aus. Sich dabei nicht nur an seinem Bedarf und den Schranken seines Geldbeutels zu orientieren, sondern „faire“ Produkte zu bevorzugen und die Annahme anderer zu verweigern ist der Aufgabe, die er nun erhält. Der Aufruf zum Käuferstreik, geht selbst davon aus, dass sich bei der Erstellung des schönen Warenangebots nicht nach den Wünschen der Konsumenten gerichtet wird, sondern nach dem Gewinninteresse der Geschäftsleute. Dieses Gewinninteresse, das einerseits durchaus als Grund für die miese Behandlung der Arbeiter gesehen wird, denkt man sich andererseits zugleich als Hebel, mit dem die Gegenmacht der Verbraucher ansetzen kann. Indem man bestimmten Unternehmern ihre Waren nicht mehr abkauft und ihnen dadurch die Bilanzen vermasselt, kann man sie, so der Gedanke, zu einem rücksichtsvolleren Umgang mit ihren Arbeitskräften zwingen. Gewinn soll also sein – nur soll er auf eine humanere Weise aus den Beschäftigten herausgeholt werden.

Weil man so Unversöhnliches versöhnen will, sieht die Berücksichtigung der Arbeiterschaft, durch die sich „faire“ Firmen auszeichnen sollen, entsprechend aus: Gewinn muss sich so weit beschränken, dass er mit

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

1-13

Die französische Militärintervention in Mali
Ein Blitzkrieg für die Sicherheit des Westens
Von der D-Mark zum Euro und keinesfalls wieder zurück
Deutschlands Anteil an Europas Finanzkrise und sein imperialistisches Interesse an ihrer Bewältigung
Krise in Spanien
Der spanische Beitrag zur europäischen Schuldenkrise
Österreich in der Krise
Der Aufstieg eines Kleinstaats in und mit Europa
stößt an seine Grenzen
Zur Broschüre des Ums-Ganze-Bündnisses:
„Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit“
Statt Kritik des Systems der Ausbeutung
eine radikalkritische Absage an den „Systemzwang“
Neues vom Kampf um Arbeitsplätze:
Im Namen Deutschlands gegen Bevormundung von außen
Der neueste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung:
Armut in Deutschland – problematisiert und für gut befunden
Talkshows über Armut und Reichtum im Kapitalismus:
Eine Studie über Techniken moralischer Urteilsbildung
„High Society oder Hartz IV: Wer sind die wahren Asozialen?“
„Abstiegsgang – Bleiben die Fleißigen auf der Strecke?“
„Die Zukunft ist grau – leben die Ältern auf Kosten der Jungen?“
„Gerechtigkeit: Wer kann heute noch in Wohlstand leben?“

Erhältlich in der
Bahnhofsbücherei

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

2-13

Das Menschenrecht

Das nächste Kapitel der Krise und der Krisenpolitik Europas
Zypern – Definition und Abwicklung
eines für die EU untragbaren Geschäftsmodells
Italien – das Ende
eines prekären europäischen Erfolgswegs
Großbritannien – Vom Kampf der Nation
um ihren Kredit und um den Nutzen
ihrer Mitgliedschaft in der EU

Bildung, Wasser, Gesundheit, Wohnen ... ist keine Ware!
Amazon: Skandalöse Zustände bei der kapitalistischen Ausbeutung
„Mindestlohn hilft Armen nicht“
Von wegen Altersarmut! Öffentliche Antikritik
„Desaster“ am Flughafen Berlin: Kann der Staat nicht planen?
Vom Zusammenhang zwischen Deutschlands Triple A
an den Finanzmärkten und der Roma-Frage
Flugblatt zu den Protesten anlässlich des NSU-Prozesses
Die Kette der Skandale beim Verfassungsschutz reißt nicht ab!
Uli Hoeneß im Spannungsfeld von Moral, Staat und Finanzkapital

CCC) fehlen. Ermöglicht, ja geradezu nahegelegt, werde ihnen das von verantwortungslosen Konsumenten. Als Lohnabhängige sind die zwar der Gewinnrechnung der Produzenten unterworfen, ihr Lohn als niedrig zu haltende Kost behandelt, als Verbraucher werden sie aber zum Herrn über die Produktion erklärt und zum eigentlich Schuldigen an den Verhältnissen in ihr. Weil sie mit Konsumartikeln bedient sein wollen und dabei nur aufs Geld schauen, sollen sie in Gegensatz zu den armen Schweinen stehen, die diese Konsumartikel unter allerübels-ten Arbeitsbedingungen herstellen müssen. Macht man sich nicht zum Nutznießer, vielleicht sogar zum Auftraggeber der Ausbeutung und zum Komplizen der Firmen, wenn man ihre Ware kauft und deren Geschäft zum Erfolg verhilft? Diese Frage sollen sich die Verbraucher stellen und aus ihrer positiven Beantwortung entsprechende Konsequenzen ziehen.

Mit dieser Bezichtigung wird so getan, als könne der Konsument mit seinen Bedürfnissen und seinem Geldbeutel bestimmen, wie und was produziert wird. Dabei kann er nur kaufen, was angeboten wird – und das hat noch allemal die Voraussetzung zu erfüllen, dass ein Kapitalist Gewinn damit macht - sonst kommt die Ware nämlich gar nicht auf den Markt. Dafür, dass die Geschäftsleute ihre Gewinne einstreichen können, sind sie allerdings auf das Geld ihrer Kundschaft angewiesen. Das liegt meist nur in

recht beschränkter Menge vor, weil ja dieselben Geschäftsleute in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber für einen knappen, weil dem Gebot der Rentabilität gehorchenden Lohn sorgen. Deshalb stehen sie sich als Anbieter beim Bemühen, die Zahlungsfähigkeit der Konsumenten auf ihr Warenangebot zu ziehen, gegenseitig im Weg. Sie konkurrieren um die Kaufkraft der Kunden und richten das Warenangebot auf diesen Konkurrenzkampf aus. Was produziert wird und was nicht, welche Bedürfnisse bedient, welche unbeachtet gelassen, welche geweckt oder überhaupt erst erfunden werden, mit welchen Gebrauchsartikeln welcher Qualitätsstufe die nach Kaufkraft sortierte Menschheit zurechtkommen darf und muss, all das entscheiden die Anbieter in Abhängigkeit davon, wie viel Absatz sie sich für ihr Zeug ausrechnen, nach den Erfolgen, die sie in ihrem Konkurrenzkampf untereinander erzielen und nach dem Wachstum ihres Geldreichtums, den sie damit zustande bringen.

Billigangebote gibt es, weil findige Unternehmer noch die kärglichste Zahlungsfähigkeit für ihr Geschäft auszunutzen wissen. Als Mittel dafür, dass sich die billige Ware für sie lohnt, sparen sie nicht nur an Materialkosten, sondern vor allem am Lohn ihrer Beschäftigten und an den Arbeitsbedingungen und sie treiben ihre Belegschaft zu Höchstleistungen an. Miese Produktqualität und Hungerlöhne haben die, die den Krempel brauchen

Der kapitalistische Weltmarkt als Herausforderung an die Moral des Konsumenten „Fair Trade“: Faire Produktion durch fairen Einkauf?

Immer wieder wird man von humanitär engagierten Vereinen wie der Clean Clothes Campaign (CCC) und der Presse, über ungeheuerliche Ausbeutungsverhältnisse informiert, unter denen hier verkaufte Konsumgüter von global agierenden Multis in anderen Weltgegenden produziert werden. Man erfährt, dass Näherinnen, die in Textilfabriken in Bangladesch einen Großteil unserer Kleidung herstellen, für eine 48-Stunden Woche einen Lohn bekommen, von dem sie nicht leben können. Anlässlich der Brände, die in dortigen Textilfabriken viele Tote und Verletzte forderten, wird gezeigt, dass die Arbeiterinnen auf engstem Raum zusammengepfercht sind und Sicherheitsvorkehrungen weitgehend fehlen. Auch der Hersteller der I-Phone- Hardware Foxconn macht mit dem Regime über seine Arbeiter immer wieder Schlagzeilen: 10- stündige Schichten fast ohne Pausen bei hohem Arbeitstakt, Reintreiben der Arbeiter durch Aufseher, ein drakonisches Strafsystem, Lärm und Schadstoffbelastung in der Fabrik, Schlafen in Baracken auf dem Fabrikgelände in Schichten, so dass Leute umfallen, krank werden, auf ihre Aufseher losgehen und manche sich sogar umbringen.

1. Wie mit Arbeit gerechnet wird

Einerseits weiß jeder, warum das so ist: Es geht um kapitalistische Geschäfte, also um Gewinn. Dafür müssen die Arbeiter Höchstleistungen abliefern und alle Aufwendungen, die dem Unternehmen für ihre Bezahlung, für Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzmaßnahmen entstehen, sind davon ein Abzug, eine Kostenbelastung, die im Interesse des Gewinns zu minimieren ist.

Andererseits will kaum einer gelten lassen, dass das der ganze Inhalt der Geschäftemacherei ist. Exemplarisch hierfür Berndt Hinzmann von der Kampagne für Saubere Kleidung: „Firmen wie GAP und H&M müssen endlich öffentlich Rechenschaft ablegen, wieso sie jährlich Riesengewinne machen und dennoch den verarmten Beschäftigten ihrer Zulieferer keinen Existenzlohn bezahlen. Es kann nicht sein, dass Textilarbeiterinnen 12 Stunden pro Tag schufteten und dennoch vor Hunger kollabieren.“

Wieso eigentlich „dennoch“? Ökonomisch ist es ja gerade so, dass diese Firmen „Riesengewinne“ machen weil sie ihren Arbeiterinnen viel Leistung abpressen und einen Mini-Lohn bezahlen. Der Zusammenhang, den

der CCC-Vertreter herstellt, dreht das um: Weil die Firmen mit den Diensten ihrer Beschäftigten riesige Gewinne machen, müssten sie zumindest deren Existenz sicherstellen. Der Gegensatz, den das Lohnverhältnis darstellt – der Lebensunterhalt ist Kost für die Firma, die für den Gewinn möglichst gering auszufallen hat, die Arbeitskraft der Belegschaft, also ihre Lebenskraft, ausgiebig zu strapazierendes Mittel –, wird damit zum wechselseitigen Verpflichtungs- und Verantwortungswesen: die Belegschaft sorgt für den Gewinn des Unternehmens und das Unternehmen für das Auskommen der Belegschaft.

Dem weltfremden Gedanken einer Fürsorgepflicht der Firmen gegenüber den von ihnen Beschäftigten spricht schon der ganze Ausgangspunkt Hohn, der Umstand nämlich, dass diese Firmen gerade in Bangladesh oder China produzieren lassen. Denn warum machen sie das? Weil es dort billiger ist. Und warum ist das so? Weil auch dort das Leben vom Geldhaben und Geldverdienen abhängt und nur ein kleiner Teil der Bevölkerung von kapitalistischen Unternehmen benutzt wird. Eine gemessen am Bedarf des Kapitals gigantische Überbevölkerung macht Lohnarbeit zum seltenen Privileg, was diejenigen, die Arbeit geben, gnadenlos ausnutzen. Insofern ist gerade die massenhafte Armut dort eine wunderbare Geschäftsbedingung. Nutznießer und Befürworter dieser erpresserischen Verhältnisse stellen das

gedanklich schon mal auf den Kopf und erklären die Ausnutzung der Armut zum Mittel ihrer Beseitigung. Dafür braucht es nur den Vergleich mit den zahlreichen Elendsgestalten, die gar keine Verdienstmöglichkeit haben und deshalb an das Lebensnotwendige nicht herankommen: In Relation dazu leisten westliche Unternehmen mit den grauenhaften Arbeitsbedingungen, die sie bieten, doch glatt einen Dienst an den armen Leuten, sorgen sie doch dafür, dass dort überhaupt Arbeitsplätze geschaffen werden.

Diesen Zynismus wollen Clean Clothes Campaign, Fair Wear, Fair Trade u. a. so nicht durchgehen lassen. Sie verweisen auf die Brutalität der Produktionsstätten in fernen Ländern und wollen diese abmildern. In der Tat ist der Kapitalismus in Asien und Afrika noch viel scheußlicher als hierzulande, weil die dortige Armut Vieler für die Gewinnrechnung relativ weniger Unternehmen nutzbar gemacht wird. Nur heißt das umgekehrt: Hier wird genauso mit den Arbeitskräften gerechnet wie in Bangladesch, Kambodscha oder Indien. Die Gewinnrechnung ist sachlich die gleiche, aber bei der Erpressbarkeit der beschäftigten Arbeiter gibt es Unterschiede.

An den chinesischen Arbeitskulis könnten die Einheimischen sehen, welche Rolle sie prinzipiell in diesem ökonomischen System spielen und worauf es bei Lohn und Leistung ankommt. Und so wirklich glaubt auch

niemand, dass dieselben Konzerne, die auch hier produzieren und verkaufen, mit europäischen Beschäftigten anders rechnen würden als mit asiatischen; die Angst vor Werksverlagerungen in „Billiglohnländer“ ist dafür ein Dokument.

Dennoch sehen deutsche Lohnabhängige sich nicht in derselben Rolle wie die chinesischen Arbeiter. Die soziale Marktwirtschaft hier soll sich vom „Turbokapitalismus“ dort grundsätzlich unterscheiden. Bei uns können Arbeiter doch – allerdings immer weniger gut – vom Lohn leben und es gibt den Sozialstaat, der sich um die Lohnabhängigen kümmert und den Unternehmen manches verbietet. Nur warum und auf welcher Basis tut das der Staat?

Der Bedarf des Kapitals an weitgehender Benutzung des ganzen Volkes verbietet eine ähnliche Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Nachschub an Arbeitern wie in den sogenannten Schwellenländern. Diese Rücksicht auf die Erhaltung der Ressource Arbeitskraft fällt aber in dem Maß, in dem immer mehr Mitglieder des Arbeitsvolkes verzichtbar werden. In den letzten 20 Jahren ist im Umgang des Staates mit diesem Arbeitsvolk ja schon einiges geändert worden, um die „Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands“ zu verbessern. Auch hierzulande können Arbeitslose von ihrer Stütze kaum leben und immer mehr Arbeiter von ihrem Lohn ohne „Aufstockung“ durch staatliche Stütze gar nicht. In-

sofern setzt die Sicherheit, dass man mit „uns“ nicht so umspringen kann wie mit asiatischen Lohnsklaven, auf etwas sehr Prekäres. Ein qualitativer Unterschied liegt da nämlich nicht vor. Dass die, die hier beschäftigt werden – vorerst – nützlicher sind für die Gewinnrechnung ihrer Arbeitgeber als Afrikaner oder Chinesen, ist eine rein quantitative Differenz beim Vergleich von Aufwand und Ertrag. Und von den Arbeitern hängt diese Differenz am allerwenigsten ab. Geschuldet ist sie der Produktivität hiesiger Produktionsstätten, die dafür sorgt, dass sich trotz höherer Löhne mehr Kapitalertrag aus den Arbeitern rausholen lässt als aus ihren ausländischen Konkurrenten, dass sie also effektiver ausgebeutet werden und nicht etwa weniger oder gar nicht. Ihrer Ertrag steigern die Unternehmen, indem sie ihre Lohnkosten senken und die Arbeitszeit „verdichten“. Im sog. Niedriglohnssektor und im Bereich der Leiharbeit nähern sich deutsche Löhne denen, die in „Billiglohnländern“ gezahlt werden ja auch deutlich an.

2. Der Konsument und seine Verantwortung

Organisationen, die weltweit für „faire“ Produktion sorgen wollen, kritisieren nicht diesen, auf Ausbeutung beruhenden kapitalistischen Gewinn, sondern die Rücksichtslosigkeit derer, die ihn machen. Die ließen es dabei völlig an „Verantwortung für die ArbeitnehmerInnen“ (Präambel Kodex